

Stand: 20.04.2026 06:36:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5312

""Zukunftskonzept ÖPNV 2030" für Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5312 vom 10.12.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5445 vom 11.12.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl, Ruth Müller, Florian Ritter** und Fraktion (SPD)

„Zukunftskonzept ÖPNV 2030“ für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein „Zukunftskonzept ÖPNV 2030“ zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen, das aufzeigt, wie eine echte, erfolgreiche Verkehrswende in Bayern – weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zu ÖPNV und SPNV – gelingt. In diesem Konzept soll die Staatsregierung konkrete Ziele für den bayerischen ÖPNV und SPNV bis zum Jahr 2030 formulieren, die bis dahin nötigen Schritte definieren und entsprechende Investitionen und Verfahren vorschlagen.

Das Zukunftskonzept soll unter anderem beinhalten:

- Eine Abdeckung von ganz Bayern durch Verkehrsverbünde. Bestehende Verbünde sollen massiv erweitert, neue gegründet werden. Langfristiges Ziel soll ein landesweiter Verkehrsverbund sein – mit aufeinander abgestimmten Verbindungen, einem Ticketsystem, flexiblen Verkehrslösungen und digitaler Unterstützung bei Information und Koordination.
- Einen verlässlichen und nutzerfreundlichen Takt, analog zum „Schweizer Modell“ von und zu allen bayerischen Orten ab 1 000 Einwohnern mindestens im Stundentakt in beide Richtungen. In kleineren Kommunen und ländlichen Regionen soll es flächendeckende Rufbussysteme mit Kleinbussen bzw. Großtaxis geben, die flexibel nach Bedarf fahren. Alle S-Bahnen in Bayern sollen mindestens im 20-Minuten-Takt fahren.
- Nutzerfreundliche, attraktive und sozialverträgliche Preise, wie das von der CSU im Landtagswahlprogramm 2018 versprochene 365-Euro-Ticket für ganz Bayern. Der ÖPNV soll darüber hinaus für Schülerinnen bzw. Schüler, Auszubildende, Seniorinnen bzw. Senioren und Bedürftige (bis zu einem bestimmten Netto-Haushaltseinkommen) kostenlos sein.
- Eine Bündelung und Reform der Aufgaben- und Finanzverantwortung des bayerischen ÖPNV, damit Finanzierung und Organisation programm- und staatsministerienübergreifend koordiniert werden können.

Begründung:

Die ÖPNV-Politik in Bayern hat kein langfristiges Ziel und kein Konzept. Die Ambitionen der Staatsregierung in diesem Politikfeld beschränken sich auf die Unterstützung einzelner medienwirksamer Projekte, auf die Einberufung von Gipfeln ohne konkrete Zieldefinitionen (zuletzt zusammen mit Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, Vertreter von Kommunen und Verbänden), sowie auf aufwendigen und wenig zielorientier-

ten Verwaltungsvollzug. Was fehlt, sind ambitionierte Ziele, die die Staatsregierung abarbeiten und erreichen will. Wo will die Staatsregierung mittel- und langfristig hin mit dem bayerischen ÖPNV? Was ist sie bereit, dafür zu investieren? Diese Fragen soll die Staatsregierung mit dem beantragten „Zukunftskonzept“ beantworten.

Die Menschen in Bayern werden immer mobiler, die Zahl der Pendlerinnen und Pendler nimmt zu. Auch in der Freizeit steigt die Mobilität an. Die Zahl der Pkw-Anmeldungen stieg in den letzten zehn Jahren um 10 Prozent. Zudem werden die Pkw größer und verbrauchen mehr Kraftstoffe. Der Schadstoff-Ausstoß wächst also, gleichzeitig kommt es besonders in den Metropolen zu zunehmender Konkurrenz um den Platz. Da, wo der ÖPNV attraktiv ist, verzichten die Menschen in Bayern bereits auf ein Auto. Dies gilt aber nur für die bayerischen Metropolen. Abseits davon, in kleineren Städten und im ländlichen Raum, gibt es leider keine passenden Alternativen zum Auto fürs Pendeln, Einkaufen und für die Freizeit. Bayern ist eines der wenigen deutschen Bundesländer, die „weiße Flecken“ bei der Abdeckung durch Verkehrsverbünde aufweisen. Noch dazu sind viele bayerische Verkehrsverbünde sehr kleinteilig und ohne Anbindung an den SPNV und somit nur sehr begrenzt attraktiv. Je besser das Angebot wäre, desto mehr Menschen könnten zu der grundsätzlichen Verhaltensänderung bewegt werden, das Auto stehen zu lassen und das ÖPNV-Netz zu nutzen.

In Bayern wächst der Anteil des ÖPNV und SPNV nicht am Mobilitätsaufkommen, sondern ist über die Jahrzehnte rückläufig. Die auf Initiative der SPD-Fraktion hin eingerichtete Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ des Landtags hat in ihrem Abschlussbericht von Januar 2018 aufgezeigt, dass in Bayern zwischen 1949 und 1995 insgesamt 156 Bahnstrecken und über 1 100 Bahnhöfe und Stationen stillgelegt wurden. Gleichzeitig ist die Schiene aber aus Sicht der Enquetekommission weiter das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs, vor allem im ländlichen Raum. Für die Erreichung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und einer Stärkung der abgehängten ländlichen Räume in Bayern ist der Ausbau der Infrastruktur auf dem Land nötig. Dazu gehört ganz wesentlich die Ertüchtigung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Schieneninfrastruktur.

Der Verkehrssektor ist in Bayern außerdem einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Die Emissionen stiegen in letzter Zeit sogar leicht an. Die Einsparung von Treibhausgasen, um den Klimawandel abzubremesen, ist ohne eine radikale Verkehrswende nicht zu schaffen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl, Ruth Müller, Florian Ritter** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/5312

„Zukunftskonzept ÖPNV 2030“ für Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Horst Arnold

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Dr. Markus Büchler

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Manfred Eibl

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Sebastian Körber

Abg. Florian von Brunn

Abg. Toni Schuberl

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

"Zukunftskonzept ÖPNV 2030" für Bayern (Drs. 18/5312)

Ich eröffne die Aussprache und bitte um eine Senkung des Geräuschpegels. Der erste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD, Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! 131 ÖPNV-Aufgabenträger, die zum Teil in 36 Verkehrsverbänden organisiert sind, sowie zehn Förderprogramme aus drei Ministerien – Effektivität sieht anders aus, so der Oberste Rechnungshof im Jahr 2017.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Arnold, eine Sekunde bitte. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Saal werden laute Gespräche geführt. Diese Geräuschkulisse ist dem Parlament nicht angemessen. Herr Fraktionsvorsitzender Arnold, diese Unterbrechung wird selbstverständlich nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

Horst Arnold (SPD): Herr Füracker hat heute als Finanzminister einen Kuchen auf den Tisch gestellt und behauptet, es würde immer mehr und mehr. Das Entscheidende an diesem Kuchen ist, dass die Leute davon satt werden und dass die Bedürftigen davon essen können. Das ist in Bayern jedoch nicht geklärt. Mobilitätsalternativen sehen anders aus. Die Rahmenbedingungen für die Mobilität in Bayern könnten deutlich besser sein. Fakt ist: Nur die Hälfte aller Landkreise ist komplett in Verkehrsverbänden mit Bussen und Bahnen erschlossen. Sieben Landkreise befinden sich überhaupt nicht in einem Verkehrsverbund.

Auch in Sachen Erreichbarkeit mit Bus und Bahn schneidet Bayern schlecht ab. Laut einer Studie der Allianz pro Schiene liegt der Freistaat hier auf dem vorletzten Platz aller Flächenländer. Warum ist dieser Befund so wichtig? – Mobilität ist aus unserer

Sicht weit mehr als nur die Frage: Wie komme ich von A nach B? Mobilität ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und übrigens auch der Generationengerechtigkeit. Mobilität ist die Möglichkeit der körperlichen Teilhabe an dieser Gesellschaft.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Auch die individuelle!)

Mobilität ist eine Frage der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Selbst sein, Mensch sein und die Verkehrsmittel auswählen, wenn sie denn da sind.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Bei uns sind sie es!)

Mobilität ist, sofern sie klimafreundlich gestaltet ist, ein ganz entscheidender Faktor zur Bekämpfung der Erderwärmung. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb das Thema Mobilitätswende in den Mittelpunkt ihres parlamentarischen Handelns gestellt, zu Beginn dieses Jahres ein soziales Klimaschutzkonzept vorgelegt sowie eine Anhörung beantragt und durchgeführt.

Klipp und klar daher: Die Verkehrswende ist eines der ganz zentralen Zukunftsthemen in diesem Land. Und – jetzt kommt es – Zukunftsthemen brauchen auch Zukunftskonzepte. Vier Punkte sind hierfür aus unserer Sicht maßgeblich.

Erstens. Wir wollen eine Abdeckung von ganz Bayern durch Verkehrsverbünde. Andere Bundesländer machen es vor; Brandenburg hat sogar als einziges Land einen flächendeckenden Verkehrsverbund.

Zweitens. Wir wollen einen verlässlichen und nutzerfreundlichen Takt, das heißt von und zu allen bayerischen Orten ab 1.000 Einwohnern, mindestens im Stundentakt einmal in beide Richtungen. Das ist ganz wichtig.

Drittens. Wir wollen nutzerfreundliche, attraktive und sozialverträgliche Preise, und zwar nicht nur für die Ballungsgebiete, sondern für ganz Bayern. Für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Seniorinnen und Senioren sowie für Bedürftige soll der ÖPNV kostenfrei sein. Das ist sozial gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Umso weniger verstehe ich – ich sage das in Richtung der GRÜNEN –, dass Sie sich in dem Bereich bei unseren Haushaltsanträgen zum Thema Senioren und Bedürftige enthalten haben. Können Sie mir das einmal erklären? Vielleicht haben wir später noch Zeit dafür.

Viertens. Wir wollen eine Bündelung und Reform der Aufgaben der Finanzverantwortung des bayerischen ÖPNV. Dazu gehören im Übrigen auch ein modernes ÖPNV-Gesetz sowie moderne Nahverkehrspläne mit sozialen und ökologischen Standards. Beides ist in Bayern völlig veraltet. Wissen Sie, von wann sie stammen? – Sie stammen aus dem Jahre 1998. Das sollte also Ihre Zukunftsaufgabe sein, dies alles zu ändern.

Fazit: Bayern braucht eine Verkehrswende aus einem Guss, modern, sozial und nachhaltig.

(Beifall bei der SPD)

Was wir dagegen feststellen, ist ein Zerfasern der bayerischen Verkehrspolitik mit einem Teilzeitverkehrsminister sowie einem Ankündigungsministerpräsidenten, der sich in einem Strohfeder auf einzelne Maßnahmen beschränkt: 365-Euro-Ticket für Nürnberg und für München und vielleicht auch einmal etwas für dieses und für jenes. Das ist kein Konzept aus einem Guss.

Deshalb mein Appell: So wird eine Verkehrswende nicht gelingen. Nutzen Sie die besinnliche Zeit, um mit einem Zukunftskonzept für eine radikale Mobilitätswende im neuen Jahr zu starten, damit Bayern im wahrsten Sinn des Wortes in Bewegung kommt, in eine soziale, moderne und gerechte Bewegung. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Kollege Thorsten Schwab von der CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Horst Arnold, das, was Sie erzählt haben, ist allgemein bekannt, hat aber überhaupt nichts mit dem zu tun, was im Dringlichkeitsantrag steht. In dem Dringlichkeitsantrag, den Sie am 10.12.2019 eingereicht haben, heißt es in der Überschrift "Zukunftskonzept ÖPNV 2030 für Bayern". Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Zukunftskonzept ÖPNV 2030 zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen. Das ist die große Überschrift des Antrags, der gestern eingereicht wurde. Am 23.05.2019 kann man auf der Homepage vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr nachlesen: "Startschuss für ÖPNV-Strategie 2030 / Einberufung des Zukunftsrats ÖPNV zur Stärkung und Weiterentwicklung des Nahverkehrs in Bayern".

Im Prinzip haben wir da sogar die gleiche Überschrift. Aber Ersteres finden wir bereits im Mai, und gestern haben Sie nun den Dringlichkeitsantrag eingereicht. Ich weiß nicht, ob es bei all den Irrungen und Wirrungen der SPD übersehen worden ist, dass schon alles, was Sie hier im Dringlichkeitsantrag fordern, in Auftrag gegeben wurde und in Arbeit ist.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Wir sind tausend Mal schon damit weiter!)

– Es wird nicht besser, wenn man da so reinplärrt. Sie haben gerade Gelegenheit gehabt zu reden, aber es war nicht das, was in Ihrem Antrag steht.

Es ist beschlossen worden, Politik, Kommunen und Experten zusammenzurufen. Es gibt einen Nahverkehrsrat, einen Zukunftsrat für den ÖPNV, der sich alle zwei Monate trifft, und es ist ein ÖPNV-Konzept für das nächste Jahrzehnt beschlossen worden. Im Sommer wurde das Leistungsverzeichnis ausgeschrieben. Es wird ein externer Dienstleister in europaweiter Ausschreibung gesucht. Und just am heutigen Tag finden die Bietergespräche für diesen externen Dienstleister statt.

Konkret fordern Sie in Ihrem Antrag eine Abdeckung von ganz Bayern durch Verkehrsverbünde, wie Sie bereits erwähnt haben. Bestehende Verbünde sollen massiv erweitert bzw. neu gegründet werden. Langfristiges Ziel soll ein landesweiter Verkehrsverbund sein mit einem verlässlichen und nutzerfreundlichen Takt zu allen Orten ab 1.000 Einwohnern im Stundentakt. Aber es gilt auch festzuhalten, dass der öffentliche Personennahverkehr in Bayern grundsätzlich Aufgabe der Landkreise ist. Der Freistaat Bayern fördert das mit hohen Zuschüssen. Erst am 8. November 2019 sind Eckpunkte verabschiedet worden zur Förderung von Verkehrsverbänden, sie betreffen neue Verkehrsverbünde und die Erweiterung von Verkehrsverbänden.

Wir wollen einen passgenauen öffentlichen Personennahverkehr, der vor Ort beurteilt und entschieden wird; denn die Kommunalpolitiker vor Ort, die Gemeinde- und Stadträte wissen am allerbesten, was an Personennahverkehr benötigt wird. Das können wir vom Landtag aus nicht für jede einzelne Gemeinde beurteilen.

Es wird in drei Phasen gefördert: Ich nenne die Grundlagenstudien für Verkehrsverbünde und die Investitionen. Die Grundlagenstudien werden vom Freistaat mit 85 % gefördert, die Investitionen mit 50 bis 70 % sowie die Tarif- und Harmonisierungsverluste zu zwei Dritteln und später zu 100 % ab dem sechsten Jahr. Bei dem, was alles geleistet wird, kann man nicht meckern. Sie fordern das 365-Euro-Ticket für ganz Bayern und darüber hinaus für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Senioren und Bedürftige einen kostenlosen ÖPNV. Das 365-Euro-Ticket gibt es für Schüler und Auszubildende jetzt schon, und in den Verkehrsräumen München, Nürnberg, Fürth, Erlangen, Augsburg, Regensburg und Ingolstadt sowie Würzburg ist es auch schon möglich. Die Kosten werden zu zwei Dritteln vom Freistaat Bayern übernommen, ein Drittel müssen die Vorhabenträger vor Ort leisten.

Bei der Forderung, alles kostenlos zu machen, stellt sich mir natürlich die Frage, wer das bezahlen soll. Irgendeiner muss am Ende die Zeche ja bezahlen, und es muss auch funktionieren. Wir brauchen einen ÖPNV, der nicht nur finanziell attraktiv ist, son-

dern auch vom Angebot her. Er muss also nicht komplett kostenlos sein, jedoch annehmbar.

Noch ein paar Zahlen und Fakten: Die ÖPNV-Zuweisungen für die Kommunen liegen im aktuellen Haushaltsjahr bei 94,3 Millionen Euro; im Nachtragshaushalt gibt es zusätzlich noch 13,5 Millionen Euro für Untersuchungen für Verkehrsverbundstrukturen sowie 30 Millionen Euro für die Tarifstrukturmaßnahmen und 31 Millionen Euro für das 365-Euro-Ticket.

Nicht zu vergessen ist – was auch mit dem ÖPNV zu tun hat – die zweite Stammstrecke in München. Sie wird mit 1,3 Milliarden Euro vom Freistaat Bayern mitfinanziert. Das alles sind keine kleinen Beträge.

Richtig ist Folgendes: Der ÖPNV in Bayern stellt eine große Herausforderung für alle politisch Verantwortlichen dar. In den Ballungsräumen gibt es ein gutes Angebot, wenn auch die Strukturen häufig überlastet sind. Das ist klar. Im ländlichen Raum aber ist das ausbaufähig. Genau das wurde doch erkannt. Deswegen wird der öffentliche Personennahverkehr weiterentwickelt und steht auch ganz oben auf der Agenda der Staatsregierung und der Regierungskoalition.

Die Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU hat also ihre Hausaufgaben gemacht. Vieles ist angestoßen worden. Die Landkreise müssen allerdings ebenfalls ihren Beitrag dazu leisten. Es gibt viele Landkreise, die ihren ÖPNV bereits auf neue Beine gestellt haben. Damit ist der Antrag der SPD erledigt bzw. überholt. Vieles, was darin bis zum Jahre 2030 gefordert ist, ist jetzt schon umgesetzt oder zumindest schon in Arbeit. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

Ich bedanke mich noch einmal bei unserem Verkehrsminister Hans Reichhart, der entscheidet, was in Angriff genommen wird. Es ist schon viel in Angriff genommen worden; wir sind bei unserem ÖPNV in Bayern ganz auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Horst Arnold gemeldet. Bitte sehr.

Horst Arnold (SPD): Kollege Schwab, ich hatte eine Anfrage zum Plenum der 46. Kalendarwoche. Dort habe ich gefragt, welchen Stellenwert die Bayerische Staatsregierung dem bayerischen ÖPNV-Gesetz und den im Vollzug 1998 erstellten Leitlinien zur Nahverkehrsplanung beimisst. Die Antwort kann jeder selbst nachlesen. Vielleicht könnte man sie aber auf der Homepage veröffentlichen, denn, und das ist das Entscheidende, sie ist sehr aktuell.

Erst auf Grundlage des neuen Rechtsrahmens auf Bundesebene kann geprüft werden, welcher Änderungsbedarf auf Landesebene besteht. Derzeit sind keine verlässlichen Aussagen zum Zeitpunkt und den konkreten Inhalt des weiterentwickelten Personenbeförderungsgesetzes möglich. Daher kann die Frage zum Zeitpunkt und Inhalt einer Überarbeitung des BayÖPNVG

also des bayerischen Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr.

aktuell nicht beantwortet werden.

Was heißt das im Prinzip? – Die Hausaufgaben sind auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden. Das, was perspektivisch an Kraft und Kreativität da ist,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Arnold, Ihre Redezeit!

Horst Arnold (SPD): das verschieben Sie auf den Bund, wie so vieles andere. Nichts ist erledigt. Deshalb hat sich auch der Antrag noch nicht erledigt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Arnold. – Herr Schwab, bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): Sie haben mir gerade die Frage gestellt, was das heißt. Das heißt, dass in Berlin, wo die SPD noch beteiligt ist, nichts vorwärtsgeht.

(Horst Arnold (SPD): Das ist doch Ihr Verkehrsminister!)

In Bayern sind wir uns einig, dass FREIE WÄHLER und CSU das ganze Thema voranbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Scheuer heißt er, der Bundesverkehrsminister!)

Ich traue es CSU und FREIEN WÄHLERN auf jeden Fall eher zu als Ihrer Partei, das ganze Thema zu sortieren und in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Markus Büchler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Schwab, Sie sagen, die Staatsregierung hat angeblich schon ein tolles Zukunftskonzept für das nächste Jahrzehnt, Sie hätten schon einen Zukunftsrat. Wenn man sich aber die einzelnen Maßnahmen anschaut, die beschlossen worden sind, stellt man fest, dass Sie doch, abgesehen von der sündhaft teuren zweiten Stammstrecke in München, die vom verkehrlichen Nutzen her höchst umstritten ist, auch nur lauter Klein-klein-Maßnahmen drin haben. Wir brauchen aber doch einen wesentlich größeren Wurf, wenn wir einen attraktiven ÖPNV anbieten wollen; wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen; wenn wir wollen, dass deutlich mehr Menschen den ÖPNV in Bayern nutzen, und zwar sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir aber so weitermachen, wie Sie das in Ihren Konzepten drinstehen haben, dann wird es auch in zehn Jahren noch so sein, dass auf dem Land ein Schulbus gerade einmal, zweimal oder dreimal am Tag fährt, während in der Stadt die ganzen U-

und S-Bahnen berstend voll sind mit Leuten, sodass die Leute weiterhin das Auto nutzen, weil sie sagen: Die Sardinenbüchse tue ich mir im täglichen Berufsverkehr nicht an. – Für eine Verkehrswende müssen wir Ziele anstreben, die es ermöglichen, dass wir im öffentlichen Nahverkehr doppelt so viele Fahrgäste transportieren können. Von den Zielen müssen wir Maßnahmen ableiten, die Infrastrukturinvestitionen nach sich ziehen, mit denen die Ziele dann auch erreicht werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da versagen Sie von der Staatsregierung meines Erachtens aber auf ganzer Linie. Sie kommen nämlich noch nicht einmal Ihren gesetzlichen Pflichten nach. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass Sie den Schienennahverkehrsplan alle zwei Jahre fortschreiben. Das haben Sie aber seit 2005 nicht gemacht. Er liegt seit 2005, also seit 14 Jahren, in der Schublade. Wir warten auf die Fortschreibung. Sie war für das letzte Quartal dieses Jahres angekündigt. Dafür haben Sie jetzt noch ein paar Tage Zeit. Es ist aber nicht in Sicht, dass das irgendwann einmal kommt. Genauso ist es mit dem Gesamtverkehrsplan. Wir warten seit 2002 auf die gesetzlich vorgeschriebene Verlängerung des Plans. Wenn die Unternehmen so wirtschaften würden, in so einem Blindflug unterwegs wären wie Sie in der Verkehrspolitik, dann wäre jedes Unternehmen längst pleite, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso ist es bei den Verkehrsverbänden. Herr Kollege Arnold hat es schon angesprochen. Es ist doch der totale Anachronismus, dass wir in weiten Teilen Bayerns noch überhaupt keinen Verkehrsverbund haben. Sie sagen zu Recht, das wird jetzt ausgeweitet, und es werden Angebote an die Landkreise rund um die Ballungsräume gemacht, damit der MVV ein bisschen größer wird, damit der VGN ein bisschen größer wird. Das ist alles richtig, alles gut, aber was ist mit dem Rest? Dann ist doch immer noch ein erheblicher Teil der Landesfläche ohne Verkehrsverbund. Was ist mit dem Landkreis Altötting, wo kommt der hin? Was ist mit dem Landkreis Berchtesga-

den, mit dem Allgäu, mit Garmisch usw. usf.? Was haben Sie denn für diese Landkreise für einen Plan, was für ein Konzept? – Offensichtlich haben Sie nichts. Was wir endlich brauchen, das sind flächendeckende Verkehrsverbände in jedem Teil Bayerns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten fallen Sie in der Verkehrspolitik vor allem mit einem Hü und Hott auf. Kaum sind Wahlen, kommen große Versprechungen, so wie vor der letzten Landtagswahl, vor der Ministerpräsident Söder durch die Lande gezogen ist und gesagt hat, jetzt gibt es das 365-Euro-Ticket für alle, und das in allen Verbänden. – Jetzt ist es nur noch ein 365-Euro-Ticket für die Jugend geworden. Bezahlen tut das der Freistaat auch nicht ganz, sondern er bezahlt nur zwei Drittel, und ein Drittel müssen plötzlich die Kommunen beisteuern. Davon war im Wahlkampf komischerweise nicht die Rede. Oder es hat von Ministerpräsident Söder geheißen, dass nach der Wahl in den Ballungsräumen alle 20 Minuten die S-Bahn fahren wird, auch auf den Außenästen, beispielsweise bei der Münchner S-Bahn. Hinterher hat sich dann aber herausgestellt, dass das gar nicht geht, weil die Gleise nicht reichen, weil das Personal nicht reicht und weil die Züge nicht ausreichen. Das hätte man vorher auch schon wissen können. Dieses Hü und Hott, diesen Blindflug in der Verkehrspolitik müssen Sie meines Erachtens dringend beenden. Legen Sie einen Schienennahverkehrsplan vor, legen Sie einen Gesamtverkehrsplan vor und davon abgeleitet einen Investitionsplan, der dazu führt, dass wir doppelt so viele Leute mit dem ÖPNV transportieren können. Dann haben wir eine Chance, unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Deshalb stimmen wir dem Antrag der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Büchler, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Sandro Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Dr. Büchler, herzlichen Dank. Sie haben aufgezeigt, wie Ihre Meinung zu diesem Thema ist. Mich würde allerdings interessieren, nachdem Sie

alles an den Pranger stellen, hinterfragen und schlechtreden, welches Konzept Sie als grüner Abgeordneter vorlegen würden. Sie fordern zum Beispiel, dass im Stundentakt jedes kleine Dorf auf dem Land bzw. in der Fläche angebunden ist. Wie soll das alles bezahlt werden? – Sagen Sie doch einfach einmal, wie Sie das machen würden. Da wäre uns schon viel geholfen.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Kirchner, das kann ich Ihnen gerne sagen. Ich glaube, wir brauchen unbedingt einen – –

(Sandro Kirchner (CSU): Wie und wie viel!)

– Ich weiß nicht, ob Sie die Antwort hören wollen. Wenn ja, würde ich Ihnen empfehlen zuzuhören.

(Sandro Kirchner (CSU): Antworten Sie halt!)

– Wennst mi ausreden lässt, kriegst schon a Antwort. – Wir brauchen einen Stundentakt, vor allem beim Busverkehr, flächendeckend auf dem Land. Zum Teil brauchen wir auch Expressbusse in die nächsten Zentren.

(Sandro Kirchner (CSU): Wie?)

– Können Sie es jetzt abwarten, oder können Sie es nicht abwarten? – Da muss der Freistaat Bayern den Geldbeutel aufmachen. Er muss den Landkreisen unter die Arme greifen, damit das finanziert werden kann. Er muss sich über eine zusätzliche Säule der Verkehrsfinanzierung dringend Gedanken machen.

(Alexander König (CSU): Das sind Vorschläge aus der Mottenkiste von vorgestern! – Sandro Kirchner (CSU): Wie wollen Sie das denn machen?)

Sie sind im Ministerium und in der Regierung doch an der besten Stelle, um dafür etwas Entsprechendes vorzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Verehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Böhler, wenn Sie wirklich aufmerksam zugehört hätten, was mein Vorredner Thorsten Schwab gesagt hat, dann wüssten Sie, dass es 2019 so war, dass es eine Ausschreibung für die ÖPNV-Strategie 2030 für Bayern gegeben hat. Heute finden Bietergespräche statt, und der Start soll 2020 erfolgen. Ich möchte hier schon klarstellen, dass nicht gesagt wurde, es gibt ein Konzept, sondern dass gesagt wurde, die vorbereitenden Maßnahmen, um diese Konzepte zu entwickeln, sind alle abgeschlossen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das "Zukunftskonzept ÖPNV 2030" für Bayern soll ein starkes und leistungsfähiges System werden.

(Horst Arnold (SPD): Ich denke, das ist es schon!)

Das soll es für ganz Bayern sein und für alle Regionen. Dabei soll eine attraktive und umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr geschaffen werden. Ballungsräume können meist auf gute Mobilitätsangebote verweisen, aber es ist unbestritten, dass man in den Hauptverkehrszeiten oftmals an die Kapazitätsgrenzen stößt. In einer Vielzahl von ländlichen Regionen hingegen müssen Basisangebote individuell – und das sage ich ganz deutlich: individuell – gestärkt werden.

Eines ist festzuhalten: Während die Bestellung des Schienenpersonennahverkehrs Staatsaufgabe ist, liegt der allgemeine ÖPNV in der Verantwortung der Kommunen. Ich kann Ihnen nur sagen, auch die Kommunen müssen in die Gänge kommen. Auch dort wurde über viele Jahrzehnte nichts entwickelt. Auch dort wurde über viele Jahrzehnte nichts getan. Nun versucht man gemeinsam, mit der Unterstützung des Frei-

staats, voranzukommen. Ich sage Ihnen ganz offen: Seit einem Jahr wird intensiv und großartig daran gearbeitet, um Strukturen zu entwickeln, damit wir in Sachen Mobilität nach vorne kommen. Ich sage hier Dank an Herrn Staatsminister Reichhart, der sich ohne Zweifel sehr gut einsetzt, um das Ganze in die Wege zu leiten. Ohne Strukturen aber kommen wir nicht weiter. Nur irgendwo ohne Strategie Geld zu investieren – so werden wir nicht zum Ziel kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr hat im Nachgang zum ÖPNV-Gipfel eben dieses umfassende Strategiepapier für den ÖPNV im Freistaat in die Wege geleitet und möchte das Ganze bis zum Jahr 2030 auch umsetzen. Der ÖPNV soll in ganz Bayern im Sinne einer nachhaltigen und verkehrsträgerübergreifend vernetzten Mobilität zukunftsweisend entwickelt werden. Im kommenden Jahr 2020 soll das in die Wege geleitet werden. Ich bin guter Dinge, endlich ein vernünftiges Papier zu erhalten, worauf wir aufbauen können. Dieser Prozess ist auf zwei Jahre angelegt, also nicht unendlich lange. Aktuell sind schon zahlreiche Maßnahmen wie die Förderung von Nahverkehrsverbänden eingeleitet worden – diese wurden auch schon angesprochen. Nahverkehrsverbände sollen massiv erweitert und neu gegründet werden mit dem langfristigen Ziel, einen landesweiten Verkehrsverbund zu gründen. Wir haben schon viel gemacht, es wird viel in die Wege geleitet, und wir werden noch viel unternehmen. Von der Opposition erhoffe ich mir, dass Sie uns inhaltlich und konstruktiv dabei begleiten. Ihren Antrag müssen wir leider ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralph Müller von der AfD-Fraktion aufrufen.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Geschätzte Besucher des Bayerischen Landtags, sehr verehrte Damen und Herren!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es ist keiner da!)

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Dringlichkeitsantrag – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Müller, ich darf Sie bitten, auch das Präsidium – wie es den Umgangsformen in diesem Haus entspricht – zu begrüßen und nicht nur die Besucher.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Alexander König (CSU): Außerdem ist es unparlamentarisch, den Besucher zu begrüßen! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich begrüße auch das Präsidium.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auf, ein "Zukunftskonzept ÖPNV 2030" zu erarbeiten. Die AfD-Fraktion, die sich immer für freiheitliche und marktwirtschaftliche Prinzipien einsetzt, lehnt dieses ab.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ihr habt doch keine Prinzipien!)

– Ruhe, Herr Reiß!

(Lachen bei der AfD)

Die SPD-Fraktion strebt also eine radikale Verkehrswende an. Man beachte hier die Wortwahl:

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Lieber eine radikale Verkehrswende als eine radikale Politik! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Radikal müsste Ihr Interesse doch wecken!)

Eine Wende, die dem Bürger den motorisierten Individualverkehr verweigern will. Wir halten nichts vom Trend der etablierten Parteien, die Individualität des Menschen durch verneinende und verhindernde gesetzgeberische Eingriffe zu beschränken, um einer geplanten Traumwelt näherzurücken. Die SPD glaubt, mit einem ideologischen und zentralistischen Konzept, mit einem aufgeblähten ÖPNV beziehungsweise SPNV wäre allen Mobilitätsanforderungen Genüge getan. Dem ist aber nicht so. Das ist hier das Entscheidende. Gehen wir von der Lebenspraxis aus. Beispielsweise muss der Handwerker oder der Dienstleister nach wie vor individuell vor Ort anreisen können und hat nicht selten sperriges Material zu transportieren. Die Familie von außerhalb muss individuell und zu einer selbstgewählten Zeit mit dem eigenen Auto in die Stadt zum Einkaufen gelangen können. Ebenso benötigen unsere Pendler berufliche Flexibilität. Die AfD spricht sich deswegen für die Förderung und den Ausbau eines ausgewogenen Verkehrsmixes unter Berücksichtigung der Stärken des jeweiligen Verkehrsmittels aus. Wenn man unsere Gelder nicht in den Ausbau vielfältiger krimineller Zuwanderungswege für Asylbetrüger und Leistungsverweigerer aus aller Welt investieren würde,

(Allgemeiner Widerspruch – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt aber! – Zuruf von der CSU: Unglaublich!)

könnte man viele Straßen und Verkehrswege im Freistaat so ausbauen, dass sie ihren Transportaufgaben sehr wohl gerecht würden.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wahnsinn! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Fast zwei Minuten zum Thema!)

Wir könnten die sinnvolle Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene finanzieren. Ja, wir könnten finanziell abgesichert den Ausbau des ÖPNV-Konzeptes sinnvoll vorantreiben, ohne sozialistische Schuldenmacherei.

Beim "Zukunftskonzept ÖPNV 2030" der SPD-Fraktion kommen uns jedoch so einige Zweifel, ob es Ihnen eben nur um ein Verkehrskonzept geht. In der Begründung Ihres

Dringlichkeitsantrags entlarven Sie sich nämlich selbst. Mit Ihrem angeblichen Zukunftskonzept wollen Sie eine grundsätzliche Verhaltensänderung der Menschen erzwingen. Ziel Ihres sogenannten Zukunftskonzeptes ist es wieder einmal, die Bürger für Ihre Hirngespinnste einer neuen, schönen und vorgeblich klimagerechten Welt zu bevormunden und zu erziehen. Daher ist dieser Antrag unter freiheitlichen Aspekten abzulehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Sebastian Körber von der FDP-Fraktion auf.

Sebastian Körber (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Mobilitätsbedarf wird in Bayern in den nächsten Jahren kontinuierlich wachsen. Hierfür brauchen wir aber keine ideologisch motivierte Verkehrswende – wie Sie das immer nennen – oder ein reines ÖPNV-Konzept, wie es uns jetzt vorgelegt worden ist. Wir müssen uns schließlich an den Bedürfnissen und Anforderungen der Gesellschaft insgesamt orientieren und dürfen auf keinen Fall anfangen, die Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen ein gesamtgesellschaftliches Mobilitätskonzept, das die Verkehrsträger multimodal miteinander verzahnt. Die Menschen sollen selbstbestimmt entscheiden können, welche Verkehrsträger sie benutzen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

An dieser Stelle lege ich Ihnen unsere jüngste Arbeit für ein liberales Mobilitätskonzept sehr ans Herz. Darin sehen Sie, wie wir die Weichen für eine selbstbestimmte und fortschrittliche Mobilität stellen möchten, nämlich digital, vernetzt, postfossil und intelligent.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gerade von rot-grüner Seite gehört – eine Denke aus der Großstadt heraus –, für alle Menschen stehe ein ÖPNV zur Verfügung.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Niederbayern!)

Das tut jetzt weh, aber ich muss wieder einmal ein paar Fakten auf den Tisch des Hohen Hauses legen. Das schmerzt: 59 % aller Wege werden nach wie vor mit dem motorisierten Individualverkehr unternommen, 20 % zu Fuß, 11 % mit dem Fahrrad und 10 % mit dem öffentlichen Verkehr.

(Horst Arnold (SPD): Passt das so?)

Wenn Sie von der SPD und den GRÜNEN wollen, dass nur der ÖPNV genutzt wird, dann kann ich Sie gerne bei uns in Oberfranken im Landkreis Hof irgendwo aussetzen, Ihnen 10 Euro in die Hand drücken und von Ihnen verlangen, wieder zurück nach München zu gelangen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das möchte ich sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Es ist geradezu eine Frechheit, dem ländlichen Raum an dieser Stelle eine Ohrfeige zu erteilen, indem Sie so tun, als ob dort überall ein ÖPNV zur Verfügung stünde.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Eben nicht! – Horst Arnold (SPD): Eben nicht, so ein Schmarrn!)

Das ist eine Ohrfeige für die Menschen im ländlichen Raum, weil diese auf das Auto angewiesen sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir machen diesen Selbstversuch gerne. Wir setzen Sie alle zusammen mit der FDP-Fraktion irgendwo im Landkreis Hof aus. Im Antrag sind ein paar sehr gute Vorschläge enthalten. Das möchte ich Ihnen gar nicht aberkennen. Aber es reicht eben bei Weitem nicht aus, das Ganze isoliert zu betrachten. Deshalb ist der Antrag insgesamt natürlich abzulehnen.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete von Brunn gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Körber, mit Ihrer derart unsachlichen und polemischen Rede haben Sie als Ausschussvorsitzender verfehlt, was wir hier leisten wollen, nämlich eine sachliche Abwägung von Vorschlägen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das sagt der Richtige! – Alexander König

(CSU): Wir müssen hier ein paar Spiegel aufstellen!)

Das war der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, dass wir den öffentlichen Verkehr auch auf dem Land ausbauen wollen. Dieser Wunsch steht offenbar im Gegensatz zu Ihnen und anderen. Wir wollen einen Ausbau, weil der ÖPNV genau die von Ihnen angesprochenen Defizite hat. Das ist auch der Sinn unserer Verkehrswende. Dafür wollen wir Geld aufwenden. Es ist sehr schade, dass die FDP das angesichts der bestehenden Probleme wie Klimaüberhitzung immer noch nicht erkannt hat. Vielleicht klappt es ja irgendwann bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sebastian Körber (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Ich möchte noch den tosenden Applaus abwarten – das ist es gewesen. Was soll ich dazu sagen? – Herr Kollege von Brunn, ich zitiere aus Ihrem eigenen Antrag: weg vom motorisierten Individualverkehr. Ich bleibe dabei: Das ist eine Ohrfeige für alle Menschen im ländlichen Raum. Man kann doch nicht ernsthaft so etwas fordern.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe noch vierzig Sekunden Redezeit. Ich könnte Ihnen noch mehr sagen. Wenn Sie sich jedoch setzen, lassen wir es lieber.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Abgeordneter Schuberl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege, ich komme aus Daxstein, einem Dorf im Bayerischen Wald auf 850 Meter Höhe. Wir haben außer dem Schulbus keine Busverbindungen. Im gesamten Landkreis Freyung-Grafenau haben wir keinen gescheiterten Busverkehr. Zwar wird er stückweise ein wenig verbessert, aber eigentlich gibt es ihn nicht wirklich. Das ist der Grund, warum man ihn ausbauen muss. Es kann nicht sein, dass Sie sagen: Auf dem Land gibt es keinen gescheiterten ÖPNV; wenn man fordert, dass er ausgebaut wird, ist das eine Ohrfeige für den ländlichen Raum. Wir brauchen einen Verkehrsverbund, eine Mobilitätsgarantie und Busse. Ich muss eine Dreiviertelstunde zum Bahnhof fahren. Diese Strecke würde ich gerne mit dem Bus zurücklegen. Dann könnten wir uns das Zweitauto sparen. Das können wir jedoch nicht, weil es keine Busverbindung gibt. Das ist eine Ohrfeige für den ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sebastian Körber (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Ihnen ist sicherlich bekannt, dass aus Gründen der Subsidiarität die Feinverteilung des ÖPNV zunächst einmal Aufgabe der Landkreise ist. Das wäre eine passende Rede für den Kreistag gewesen.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich verstehe, dass die grüne Seite gerne Kompetenzen auf die Landesebene hochzieht. Das macht beispielsweise der grüne Verkehrsminister in Baden-Württemberg. Man kann den Lokführer-Pool auf Landesebene verorten. Man kann auch eine Landesbusgesellschaft gründen. Das ist aber sicherlich nicht im Sinne der Sache. Aus

guten Gründen muss man den ÖPNV vor Ort verankern. Ich würde Ihnen vorschlagen, an erster Stelle mit dem Kreistag darüber zu diskutieren, wie die Bustaktung bei Ihnen vor Ort verbessert werden kann. Das wäre der richtige Platz. Das hat mit der Landesebene erst mal leider gar nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich erteile nun Herrn Staatsminister Reichhart das Wort.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der SPD, ich danke Ihnen für Ihren Antrag. Er gibt uns die Gelegenheit, vieles darzustellen, was wir im letzten Jahr gemacht haben. Es ist bedauerlich, dass das an Ihnen zum Teil vorbeigegangen ist. Komischerweise waren Ihre Kommunalpolitiker immer mit dabei. Sie standen an vorderster Front, wenn es darum ging, neue Verbünde zu gründen, Verbünde auszuweiten, das ÖPNV-Angebot auszuweiten, Fördermittel entgegenzunehmen, flexible Bedienformate zu ermöglichen und vieles mehr. Es ist bedauerlich, dass Sie daran keinen Anteil gehabt haben. Zwar hauen Sie locker etwas heraus, beschäftigen sich jedoch nicht mit dem, was wirklich Sache ist. Das ist schade; deshalb bin ich gerne bereit, Ihnen ein paar Punkte darzustellen.

In diesem Jahr haben wir beim ÖPNV so viel auf den Weg gebracht wie selten zuvor. Wir haben die ÖPNV-Mittel auf ein Rekordniveau erhöht. Wir haben flexible Bedienformen eingeführt und die Förderung verstetigt. Es gibt Rufbus- und Flexibus-Systeme. Das kommt an und wird akzeptiert. Lieber Herr Kollege Arnold, ich lade Sie ein, einmal mit einem Bürgerbus in Ihrem Stimmkreis zu fahren.

(Horst Arnold (SPD): Ehrenamt!)

Dort gibt es viele Möglichkeiten, die wir als Freistaat Bayern unterstützen. Obwohl wir als Freistaat Bayern für diese Maßnahmen nicht zuständig sind, leisten wir unseren

Beitrag, um einen flächendeckenden ÖPNV in Bayern zu ermöglichen. Das sollten Sie akzeptieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen aus ideologischen Gründen nicht irgendetwas ausschließen. Wir sagen nicht: Das schlechte Auto und der gute Bus. Wir wollen den Kunden, unseren Bürgerinnen und Bürgern, die Möglichkeit eröffnen, ein Angebot zu wählen. Das ist unsere Aufgabe. Dieser Aufgabe werden wir gerecht. Diese Aufgabe erfüllen wir auch. Wenn Sie ganz ehrlich auf das schauen, was wir im letzten Jahr gemacht haben, müssten Sie sagen: Davor ziehe ich den Hut. Wir können stolz darauf sein, was wir alles erreicht haben.

(Beifall bei der CSU)

Ihnen fällt nichts anderes ein, als einen kostenlosen ÖPNV zu fordern, wenn wir ein 365-Euro-Ticket einführen. Das ist die typische SPD-Ideologie. Wer damit unzufrieden ist, einen Euro am Tag zu bezahlen, soll das Ticket umsonst bekommen.

(Horst Arnold (SPD): Das steht im Koalitionsvertrag!)

Reden Sie bitte mit Ihren Kommunalpolitikern und den Oberbürgermeistern von München, Nürnberg, Fürth und vielen Kommunen mehr. Sie alle führen ein 365-Euro-Ticket ein. Sie sind dankbar für das Angebot, das wir ihnen als Staatsregierung machen. Sie bedanken sich dafür, dass wir ein Angebot schaffen. Das ist ein Angebot für unsere Schülerinnen und Schüler und unsere Auszubildenden. Wir leisten etwas, was viele andere Länder nicht machen. Seien Sie doch einmal stolz darauf, was wir in Bayern machen. Machen Sie nicht immer alles schlecht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Vorbildlich! – Horst Arnold (SPD): Was sagen die Menschen im ländlichen Raum dazu?)

Herr Kollege Büchler hat von den Verbänden gesprochen. Er sagte, es wäre sinnvoll, die Verbände auszuweiten. Ich habe den Eindruck, dass manches an Ihnen vorbeige-

gangen ist. Der Landkreis Garmisch-Partenkirchen hat sich vor ein paar Wochen dafür entschieden zu überlegen, dem MVV beizutreten. Der Freistaat Bayern unterstützt diesen Weg. Der Landkreis Berchtesgadener Land hat sich überlegt, was er zusammen mit seinen österreichischen Nachbarn, wie beispielsweise Salzburg, machen kann. Wir sind bereit, auch diesen Weg zu unterstützen und mitzugehen.

Inzwischen gibt es eine große Abdeckung durch Verbünde. In diesem Jahr sagen 27 Landkreise und kreisfreie Städte: Wir wollen einen Zusammenschluss prüfen. Zehn Kommunen wollen dem MVV und acht Kommunen dem VGN beitreten. Derzeit plant der Bayerwald, mit fünf Kommunen einen eigenen Verbund zu gründen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was machen denn die Kommunalpolitiker vor Ort? – Ihre Kolleginnen und Kollegen stimmen in den Kreistagen und Stadträten zu. Die Kollegen in Hof und von überall sagen: Wir wollen dabei sein. Seien Sie stolz auf das, was dort gemacht wird. Reden Sie nicht immer alles schlecht. Wir machen etwas und breiten es aus. Ich glaube, das ist an Ihnen irgendwie vorbeigegangen. Das ist schade.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es! – Horst Arnold (SPD): Einen Fakt auf den Tisch, eine Leistung, einen Beweis!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben jederzeit das Recht, eine Zwischenbemerkung zu machen. Ich würde Ihnen raten, dies zu tun. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Liebe Kolleginnen und Kollegen, an Ihnen ist das wohl vorbeigegangen. Am Freitag werden wir den fränkischen Landkreisen und Städten die Förderbescheide übergeben, damit sie einen Beitritt zum VGN oder zum VVM untersuchen lassen können. Schauen Sie sich die flexiblen Bedienformen an. Ich lade Sie in den Landkreis Tirschenreuth ein. Herr Kollege Reiß hat BAXI auf die Beine gestellt. Das ist vorbildlich – Chapeau und Hut ab! Wenn Kommunalpolitik bereit ist, aktiv etwas zu machen, dann funktioniert das auch.

Wir als Freistaat Bayern sind der Partner der Kommunen. Wir sagen nicht: Der ÖPNV liegt in der Zuständigkeit der Kommunen – darum kümmern wir uns nicht. Stattdessen sagen wir: Wir gehen partnerschaftlich damit um. Überlegen Sie einmal, was wir in den letzten Monaten auf den Weg gebracht haben. Wir weiten den Stundentakt beim SPNV überall aus. Das 365-Euro-Ticket werden wir in den großen Verbänden am 1. August 2020 einführen. Die flexiblen Bedienformen werden dauerhaft mit bis zu 40 % gefördert. Wir machen das, andere reden nur darüber. Lassen Sie uns stolz darauf sein!

Wir machen uns jetzt mit einer ÖPNV-Strategie auf den Weg. Wir wollen das in ein großes Konzept gießen. Wir wollen jedoch nicht abwarten, bis der Prozess zu Ende ist. Bis dahin machen wir das, was wir als richtig und wegweisend empfinden. Wir bereiten die Maßnahmen jetzt schon auf. Wir können stolz darauf sein, was wir gemacht haben. Wir sind auch stolz auf das, was wir in der Zukunft vorhaben. Der Antrag wiederholt nur das, was wir bereits machen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/5312 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Stimmenthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.